

Kein Bruderkampf!

Einen Sieg hat das deutsche Volk und insbesondere auch das Berliner Proletariat errungen, der ohne Beispiel in der ganzen Geschichte dasteht. Selbst die Ereignisse von 1848 verbläßen gemessen an dem gewaltigen Unsturz, der sich am 9. November 1918 vollzogen hat. In unserer gestrigen Extra-Abendausgabe, die wir den meisten unserer Leser noch zustellen konnten, haben wir an dieser Stelle die Bedeutung des ersten Revolutionstages ausführlich gewürdigt.

Heute gilt es nicht, sich heimmungslos dem Jubel hinzugeben, sondern es heißt, für die Zukunft zu sorgen und zu schaffen. Aufgabe über Aufgabe drängt sich an die Arbeiter- und Soldatenregierung heran. Die neue Volksregierung soll nach außen den Frieden schaffen, nach innen die Volksernährung organisieren, die Demobilisierung von 10 Millionen Soldaten in geordnete Bahnen bringen, das Wirtschaftsleben organisieren und unendlich andere Dinge mehr, von denen jedes einzelne von höchster Bedeutung ist. Alle haben bis zum äußersten zu tun, alle arbeiten bis zur Erschöpfung, und doch fehlt es allenthalben noch an Händen und Gehirnen.

Und doch können und werden wir die Aufgabe lösen. Dazu aber ist eine unumgängliche Voraussetzung: Daß die Arbeiterklasse einig und geschlossen bleibt. Ohne das geht es nicht! Wenn Gruppe gegen Gruppe, Sekte gegen Sekte arbeitet, dann entsteht das russische Chaos, der allgemeine Niedergang, das Elend statt des Glückes.

Schon gestern ist von einzelnen Keinen Gruppen, oft unter unbekannter und unverantwortlicher Führung der Versuch gemacht worden, eigene Wege zu gehen und die Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrates zu durchkreuzen. Das ist die schwerste Verfüngung an der Arbeiterschaft, die überhaupt denkbar ist. Das Werk, das von der großen Masse der Arbeiterschaft getragen wird, darf nicht durch kleine Minderheiten zerstört werden. Alle solche Versuche müssen an dem gesunden Sinn und an der entschlossenen Ablehnung der Arbeiterschaft scheitern, oder die Arbeiterschaft selber wird scheitern.

Der gestrige Sieg des Volkes über das alte System ist nur mit geringem Blutvergießen bezahlt worden. Soll nun der Welt nach solchem herrlichen Triumph das Schauspiel einer Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft im sinnlosem Bruderkampf geboten werden?

Das darf nimmer mehr geschehen! Der gestrige Tag hat in der Arbeiterschaft das Gefühl für die Notwendigkeit innerer Einheit hoch emporlodern lassen! Aus fast allen Städten, aus ganzen Ländern, aus ganzen Bundesstaaten hören wir, daß alle Partei und Unabhängige sich am Tage der Revolution wieder zusammengefunden und zu der alten geschlossenen Partei geeint haben. In Bayern ist diese Einigung für den ganzen Staat vollzogen. Dort gibt es keine Parteipaltung mehr! Soll Berlin dahinter zurückstehen?!

Die Einigung muß auch hier durchgeführt werden! Sie muß! Es geht um Wohl und Zukunft der ganzen Arbeiterklasse. Und wenn auch noch so viel Verbitterung sich eingefressen hat, wenn auch der eine Teil dem andern manches aus der Vergangenheit vorwirft und umgekehrt, ein Tag wie der gestrige ist groß und überwältigend genug, um all das vergessen zu machen.

Das Veröhnungswerk darf nicht an einigen Verbitterten scheitern, deren Charakter nicht stark genug ist, um alten Groll überwinden und vergessen zu können. Liegt doch solcher Groll den Massen selber vollkommen fern, ist doch auch gestern zwischen Arbeiter und Arbeiter die Einigkeit fast instinktiv hergestellt worden. Kein Führer darf das hemmen. Gibt es unter ihnen solche, mit denen die Einigung nicht gemacht werden kann, dann muß sie gemacht werden ohne sie! An keiner Verhöhnung darf ein Werk von so ungeheurer Bedeutung scheitern.

Die alte sozialdemokratische Partei erstrebt die Einigung mit aller Kraft auch unter eigenen Opfern. Sie weiß sich in diesem Bestreben eins mit dem gesunden Instinkt der Arbeiterschaft, deren große Masse es nie begreifen würde, wenn man gestern Schulter an Schulter auf der Barricade gestanden hat, daß man sich morgen auf der Barricade gegenübe stehen sollte. Die Sozialdemokratische Partei verfolgt in ihrem Streben dabei keinerlei eigennützige Ziele, sie ist nur ganz durchdrungen von dem Gedanken, daß das Werk der Rettung aus dem Abgrund, in den uns der überwundene Imperialismus gestürzt hat, nur von einer einmütigen und geschlossenen Arbeiterfront ausgeführt werden kann.

Die Bruderhand liegt offen — schlägt ein!

Aus: Vorwärts vom 10.11.
1918

[http://fes.imageware.de/fes/
web/](http://fes.imageware.de/fes/web/)

Der 9. November in Berlin.

Die Umwälzung der politischen Verhältnisse veränderte gestern vom Mittag ab das Straßenbild namentlich der inneren Stadt Berlins vollständig. Überall durchführten Autos jeder Art, besetzt mit Arbeitern, Soldaten und Matrosen, die Straßen, die unter den roten Fahnen kurze Ansprachen an die Menge hielten und zum Teil auch dienstliche Aufträge der neuen Regierung erledigten. In den Ansprachen wurde fast überall erklärt, daß das Volk jetzt seine Geschicke selbst bestimmen werde, daß aber die erste Pflicht auch die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Ruhe sei. Viele der Sprecher betonten auch, daß das deutsche Volk als Ganzes und das Reich verjüngt und schöner wieder aufgerichtet werden solle.

Die Ordner — mit roten, zum Teil auch mit weißen Binden — bemühten sich, den Massenverkehr, der, da alle Verkehrsmittel still lagen, überall auch die Fahrdämme ersüllte, zu regeln. Am Abend wurde mehrfach, wohl auf Anweisung der neuen Regierung, verkündet, daß Jugendliche um 7 Uhr, Erwachsene um 9 Uhr die Straßen zu verlassen hätten.

Die etwa 7 Uhr abends verließ überall alles ruhig. Die Kundgebungen beschränkten sich auf die Hochrufe der Menge beim Vorüberfahren der Kraftwagen. Nach 7 Uhr kam es am **Marshallgebäude** gegenüber vom Schlosse zu Kämpfen, die mit Gewehren, Maschinengewehr- und Geschützfeuer ausgefochten wurden. Wie berichtet im Verlaufe der folgenden Einzelberichterstattung über die gestrigen Vorgänge ausführlich.

Der Uebergang der Truppen.

Am Vormittag boten die Straßen der Stadt das gewohnte Bild, und erst gegen Mittag wurde der Verkehr lebhafter. Man sah dicht mit Arbeitern und Soldaten besetzte, mit Maschinengewehren, Gewehren und Handgranaten ausgestattete Kraft- und Lastwagen mit roten Fahnen. Stellenweise hatten sich Soldaten ohne Waffen mit oder ohne Gepäck zu Trupps zusammengeschlossen und marschierten durch die Straßen. Offiziere gingen noch unbehelligt auf den Bürgersteigen. Inzwischen hatten sich in den Kasernen die Ereignisse bereits erfüllt: am Vormittag wütheten sich die Auffständischen der

Kaserne der Garde-Füsiliers.

und begehrten Einlaß. Hierbei ließ der Offizier der Wache Feuer geben, das von der Gegenseite erwidert wurde. Sogleich bekannt, ist der Offizier und ein Mann der Wache getödtet worden. Die übrigen Mannschaften ergaben sich ohne Gegenwehr und verließen zum größten Teil nach Wegwerfen ihrer Ausrüstung die Kaserne. Beim 4. Jägerbataillon spielten sich die Vorgänge folgendermaßen ab: Die alarmbereiten Kompanien wurden auf den Kasernenhof gerufen und wollten unter Vorantritt der Musik durch die Straßen ziehen. Der Kommandeur hielt eine Ansprache und ermahnte zur Ruhe und Besonnenheit. Die 3. Kompanie verweigerte hierbei schon den Gehorsam, worauf die übrigen Mannschaften trotz der Beruhigungsversuche der Offiziere auf ihre Stuben gingen und beschloßen, dem Beispiel der dritten Kompanie zu folgen. Sie wählten Soldatenräte und setzten sich mit den Besitzern in Verbindung. Die Mannschaften des Alexander-Regiments folgten ihrem Beispiel. Die Kolonnen wurden von den Mäusen entjert, die Ehrenzeichen abgelegt. Die Offiziere entfernten sich, nachdem sie nochmals vergeblich versucht hatten, die Mannschaften umzustimmen.

In ähnlicher Weise wiederholten sich die Vorgänge in den übrigen Kasernen ohne Blutvergießen. Am Nachmittag sollen auf dem Wilhelmplatz in Charlottenburg, als die Arbeiter und Soldaten Offizieren die Waffensätze und Waffen abnahmen, zwei jüngere Offiziere, die sich zur Wehr setzten, getödtet, mehrere andere verletzt worden sein. Auf der Stadtbahn vollzog sich der Verkehr mit dem üblichen Gedränge, aber sonst ohne Störung. Vor den Kasernen drängten sich die Mengen um die Wachen der Arbeiter- und Soldatenräte. Die Fenster der Kasernen waren dicht besetzt von Soldaten.

Aus: Vossische Zeitung
vom 10.11. 1918

<http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/index.php?id=dfg-viewer&set%5Bmets%5D=htp%3A%2F%2Fcontent.staatsbibliothek-berlin.de%2Fzefys%2FSNP27112366-19181110-0-0-0.xml>



Was will das werden?

Der Kaiser hat dem Thron entsagt, der Kronprinz hat auf die Thronfolge verzichtet und es bleiben noch der Auffassung der bisherigen Regierung oder vielmehr Kumpfregierung, für die der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden verantwortlich zeichnet, die Fragen der Regentschaft und der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung zu regeln. Aufgabe dieser Nationalversammlung, die in sich den Willen des gesamten deutschen Volkes vertritt wäre es, nach dem Beispiel aller freien Völker, dem Deutschen Reiche die Verfassung der Zukunft zu geben. Die nächste Aufgabe jeder Regierung wird also jetzt darin bestehen, allgemeine Wahlen auszuschreiben, damit wir eine Volksvertretung bekommen, die den freien Willen der Nation auszusprechen berufen und fähig ist. Denn was bis jetzt an politischen Willensmeinungen einzelner Faktoren sich geltend gemacht hat, kann natürlich nicht der Ausdruck der Willensmeinung des ganzen Volkes sein. Und wir wollen eine Volksregierung, müssen eine solche wollen, da sich der alte Obrigkeitstaat mit seinen vielen autokratischen Privilegien in dem gewaltigen Sturme des Weltkrieges nicht bewährt und die schlimmen Früchte geerntet hat, an denen wir zu tragen haben. Die Berliner Sozialdemokratie hat sich bereits im Verein mit den Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats für die Bildung einer Republik und die Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung entschieden. Als Nachfolger des Prinzen Max hat Ebert die Kabinettsbildung übernommen, und dieses Kabinett wird für die Vorbereitungen zur Nationalversammlung Sorge zu tragen haben.

Es wird alles darauf ankommen, die neue stürmische Entwicklung nicht aberschäumen zu lassen und in geordnete Bahnen zu leiten. Dazu bedarf es in erster Linie der Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens, und darum müssen wir alle, ohne Ausnahme, nach Kräften mitarbeiten. Der neue Reichskanzler hat seine Aufrufe in diesem Sinne erlassen. Unsere Arbeiter- und Soldatenräte wollen sich gleichfalls ohne Ausnahme für die Lösung dieser schwierigen Aufgabe einsetzen. Die Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung und die Eingliederung der entlassenen Soldaten in die Berufswelt sind die ersten Voraussetzungen für eine Weiterführung des Wirtschaftslebens. Politische Neuordnung und wirtschaftliche Weiterentwicklung müssen also Hand in Hand miteinander gehen. Mehr als je gilt es Besonnenheit zu bewahren, denn noch sind wir von unseren Feinden umlaurt, von deren Friedensbedingungen unsere Entwicklung abhängt. Ein freies und mündiges Volk darf in allen seinen Mitgliedern die Zusammenhänge zwischen äußerer und innerer Politik nicht außer acht lassen.

Aus: Neue Hamburger
Zeitung vom 10.11. 1918

<http://www.theeuropeanlibrary.org/tel4/newspapers/issue/fullscreen/3000094563191?page=1>

Der Reichskanzler: Mag, Prinz von Baden.

Der Entschluß des Kaisers, dem Throne zu entsagen, bedeutet die völlige Umwälzung der Verhältnisse, wie sie noch gestern lagen. Der Entwicklung im Reich, die zur Anarchie zu führen drohte, glaubte die deutsche Sozialdemokratie nicht anders steuern zu können, als daß sie bestimmte Forderungen aufstellte, von denen sie annahm, daß sie zur Beruhigung des Volkes und zur Wiedereinlenkung der Stimmung in geordnete Bahnen beitragen würden. Die Partei verlangte vor allem den unverzüglichen Rücktritt des Kaisers. Vieles läßt sich dafür anführen, daß sie, als sie ihr Ultimatum stellte, damit nicht die Geschäfte ihrer Partei betreiben, sondern vielmehr dem Vaterlande, das sie auf der Bahn des Verderbens dahinrollen sah, einen Dienst erweisen wollte. Ob es ihr gelingen wird, ob aus ihrem Entschluß für das Staatsganze das Bessere erwachsen wird, das sie selbst und jetzt auch alle anderen Parteien davon erwarten, das wird die Zukunft lehren. Die Sozialdemokratie hat jedenfalls mit dem Erfolge, den ihr Schritt erzielt hat, eine gewaltige Veraninerkung auf sich geladen. Er hat uns aus einer kritischen Situation herausgebracht; aber niemand kann ermessen, wohin er uns führen wird.

Die anderen Parteien, die in der Volksregierung vertreten sind, haben ihren Entschluß unter dem Druck der Verhältnisse, wie sie durch das sozialdemokratische Ultimatum entstanden waren gefaßt. Wenn der Kanzler dem Kaiser als die Meinung der Volksregierung und damit als die Meinung der Reichstagsmehrheit und der Volksmehrheit übermittelt hat, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Abdankung des Kaisers die einzige Befreiung von einem unerträglichen Druck empfunden werde, so lag darin unseres Erachtens keine Abgabe des deutschen Volkes an den Kaiser, noch viel weniger eine solche an die monarchische Staatsform, sondern einzig und allein das Eingeständnis, daß bestehende und drohende, noch größere Gefahren nur durch diesen Entschluß des Kaisers zu bannen seien. Man würde die Stimmung des deutschen Volkes vergewaltigen, wenn man seine Zukunft endgültig aufbauen wollte auf den Ereignissen dieser unruhigen, durch allerhand unkontrollierbare Einflüsse bestimmten Tage. Es ist deshalb durchaus verständlich und vernünftig gewesen, daß man die

Abdankung des Kaisers und den Verzicht des Kronprinzen zum Anlaß genommen hat, das Volk selbst über seine neue Zukunft entscheiden zu lassen.

Der gegenwärtige Deutsche Reichstag hat im ganzen sicher vorzüglich gearbeitet; was er in den letzten Wochen geschaffen hat, sind die Bausteine des neuen Deutschland; aber auch seine eigenen Mitglieder werden nicht verleugnen, daß dieses Parlament im Jahre 1912 unter ganz anderen Bedingungen und Verhältnissen gewählt und zusammengesetzt ist als sie heute durch die Umwälzungen, die weder Haupt noch Glieder verschont haben, geworden sind. Der Rücktritt des Kaisers war ein großer Entschluß. Mit ihm sind viele Nebel zertriften, die noch über unserer näheren und weiteren Zukunft lagen. Aber man würde sich bitter täuschen, wenn man annähme, daß die Nebel jetzt völlig verdrängt, und daß wir jetzt in helles Licht hineingetreten sind. Der bisherige Reichskanzler, Prinz Max von Baden, der in der Geschichte das Verdienst behalten wird, das deutsche Volk aus dem Kriege herausgeführt zu haben, glaubt kein Amt nicht weiter verwalten zu können; aber er stellt sich doch dem Volke noch so lange zur Verfügung, bis in die gegenwärtigen unübersichtbaren Zustände einige Ordnung hineingebbracht sein wird. Diese Ordnung kann nur vom Volke selbst kommen. Es hat keinen Monarchen mehr, und seine Staatsmänner wissen nicht, ob und wie weit sie das Vertrauen des Volkes genießen. In aller kürzester Zeit wird deshalb die Anforderung an die deutsche Bevölkerung ergehen, nach den demokratischsten Grundfäden neue Vertreter zu entsenden, die darüber zu entscheiden haben werden, wie das deutsche neue Reichshaus eingerichtet werden soll. Die Männer, die demnächst in der gesetzgebenden deutschen Versammlung zusammenstehen werden, haben nicht nur über die Form zu entscheiden, in der Deutschland weiterleben soll, sondern auch über den Umfang und die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich. Ein Volk das vor derartig bedeutsame Aufgaben gestellt ist, kann seine Befähigung dafür nur nachweisen, wenn es sich in die neue Zeit einfügt, wenn es sich von jeder Unbesonnenheit fernhält, die den ruhigen Gang der Entwicklung, den raschen Abschluß des Friedens und die Neuaufrichtung des Deutschen Reiches gefährden muß.

K. R.

Aus: Norddeutsche
Allgemeine Zeitung vom
9.11. 1918, abends

<http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/index.php?id=dfg-viewer&set%5Bmets%5D=http%3A%2F%2Fcontent.staatsbibliothek-berlin.de%2Fzefys%2FSNP28028685-19181109-1-0-0-0.xml>



Die rote Fahne.

Stolz weht die rote Fahne über der Reichshauptstadt. Spät ist Berlin dem glorreichen Beispiel der Kieler Matrosen, der Hamburger Werftarbeiter und den Soldaten und Arbeitern verschiedener anderer Städte gefolgt. Die Bewegung hat auch hier trotz umfassender Rüstungen von Polizei und Militär einen schnellen ersten Sieg errungen. Die Soldaten folgen dem roten Banner, und die Polizei hat kapituliert, ihre Ohnmacht erkennend. Die rote Fahne weht über Berlin, der Kaiser hat abgedankt, ein neues Ministerium wird gebildet. Es ist wie bei allen bürgerlichen Revolutionen die Ereignisse überstürzen sich, alle Ereignisse scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist die Atmosphäre des Tages, so spricht Marx. Aber er spricht auch von dem Ruhenjammer, der den bürgerlichen Revolutionen folgt. Hüten wir uns vor einem Ruhenjammer. Diese Revolution muß nicht nur hinwegschwemmen alle Feste und Ruinen des Feudalismus, sie muß nicht nur brechen alle Zwingsburgen des Junkertums, sie muß nicht nur ein Ende machen mit jener unteilvollen Zersplitterung in Vaterländer und Vaterländchen, ihre Lösung heißt nicht nur Republik, sondern **sozialistische Republik!** Ihr Banner ist nicht die schwarzrotgoldene Fahne der bürgerlichen Republik von 1848, sondern die rote Fahne des internationalen sozialistischen Proletariats, die rote Fahne der Kommune von 1871 und der russischen Revolution von 1905 und 1912. Die Umwälzung im Deutschen Reich muß unter diesem Zeichen die Bahn freimachen für den Sozialismus. Aus dem Schutt und den Trümmern des Weltkrieges muß das revolutionäre, siegreiche Proletariat die neue Wirtschaft errichten. Dazu bedarf es der politischen Macht und der wirtschaftlichen Kräfte. Die nächsten Aufgaben auf diesem Wege sind schneller Friede, wirkliche proletarische Herrschaft, Umbau der Wirtschaft vom Schein-Sozialismus des Krieges zum wirklichen Sozialismus des Friedens. **Noch stehen wir am Anfang dieses schwierigen**

und vielleicht von Rückschlägen nicht freien Weges. Nicht gilt es, sich vornehm des errungenen Sieges zu freuen, Arbeiter und Soldaten! Organisiert euch, befestigt eure Macht! Behaltet die Waffen! Haltet fest an den ~~alten~~ sozialistischen Forderungen der Republik und des Sozialismus! Denkt daran, daß alle Reformen nur Stückwerk sind, wenn sie nicht als Mittel betrachtet werden, endlich aus dem Elendstat des Kapitalismus in das so lange ersehnte Land der Errichtung des Sozialismus zu führen! Laßt euch nicht täuschen durch allzu schnelles Umlernen! Es gilt, das Errungene zu behaupten und weiter auszubauen!

Vorwärts unter dem siegreichen Banner der roten Fahne!

Aus: Die rote Fahne vom
10.11. 1918

<http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/index.php?id=dfg-viewer&set%5Bmets%5D=htt p%3A%2F%2Fcontent.staatsbibliothek-berlin.de%2Fzefys%2F SNP24352111-19181110-0-0-0-0.xml>



Die Abdankung des Kaisers. Einberufung einer Nationalversammlung.

Berlin, 9. Nov. (WTB Aml.) Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Thron zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch solange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers und dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzusetzen.

Berlin, den 9. November 1918.

Prinz Max von Baden, Reichskanzler.

* Bonn, 9. November.

In atemloser Hast überstürzen sich die Ereignisse und doch kommt dies letzte, vielleicht das Gewaltigste des ganzen Krieges, nicht unerwartet. Nach den Vorgängen der letzten Tage war ein Verbleiben des Kaisers auf dem Throne unmöglich geworden, ihm mußte sich der Kronprinz, der als in den kaiserlichen Ideen befangen gilt, anschließen. Eine vollständige Beseitigung der Dynastie Hohenzollern ist nun zunächst noch nicht erfolgt. Die weiteren Geschicke des deutschen Volkes sollen in letzter Linie von einer Nationalversammlung bestimmt werden. Daß diese sich aber für die Thronfolge der Söhne des Kronprinzen oder überhaupt für ein monarchisches System aussprechen wird, erscheint nach dem heutigen Stande der Dinge als sehr unwahrscheinlich. Deutschland dürfte wohl zur Republik erklärt werden, wie es ja schon für seinen eigenen Bezirk der zweitgrößte deutsche Bundesstaat getan hat.

Es ist natürlich gänzlich ausgeschlossen, die Tragweite dieser Umwälzung irgendwie abzumessen. Eins steht aber fest und kann nicht genug wiederholt und immer wiederholt werden: Soll aus den Trümmern des alten Reiches dereinst ein neues in Kraft und Herrlichkeit erstehen, so muß sich alles, was jetzt mit dem Beginn der neuen Epoche verknüpft ist, in Ruhe und Ordnung vollziehen. Erweisen wir uns würdig der großen Schicksalsstunde, wir, die wir

troh allem und allem — in Wahrheit das Salz der Erde sind!

Ueber die Ausbreitung des Bolschewismus im übrigen Europa liegen zwei weitere Mitteilungen vor. Einmal hat in Kiel ein sozialdemokratischer Redner die Verbindung von der Meuterei in der englischen Marine und von dem Uebergang der Kommandogewalt in die Hände der Mannschaft wiederholt. Neutrale Berichte liegen zur Zeit noch nicht vor. Ferner hat sich in der Schweiz eine kommunistische Partei gebildet; die schweizer Regierung hat ihre Beziehungen zur Sowjet-Republik auf Grund deren bolschewistischer Umtriebe abgebrochen.

Die Entente gegen den größten Feind — den Bolschewismus.

TU Zürich, 9. Nov. Wie das Berner Intelligenzblatt berichtet, wurde in der Versailler Konferenz von den Alliierten beschlossen, den Bolschewismus in allen Ländern, wo er auch ausbreche, mit den Waffen zu bekämpfen.

Ein Dementi.

* Berlin, 9. Nov. (Privattelegramm.) Die Gerüchte, daß die deutschen Seestreitkräfte sich der englischen oder französischen Flotte angeschlossen hätten, entbehren jeder Begründung.

Auch die Reichshauptstadt zum Soldaten- und Arbeiterrat übergegangen.

An Alle!

* Berlin, 9. Nov. (WTB) Hier hat sich die Revolution in glänzender und fast unblutiger Weise den Sieg erungen. Der am Morgen ausgebrochene Generalstreik führte zu einer völligen Stilllegung sämtlicher Betriebe. Am die zehnte Vormittagstunde ging das Naumburger Jägerregiment zum Volke über und schickte eine Delegation an den Arbeiter- und Soldatenrat. Weitere Truppenteile schlossen sich in rascher Folge an. Das Alexanderregiment ging nach einer Ansprache des Reichstagsabgeordneten Weis geschlossen zum Volke über.

Nur in der Chausseestraße kam es vor der dortigen Kaserne zu einer unbedeutenden Schießerei, bei der ein Arbeiter durch einen Offizier getödtet wurde. Die Offiziere flüchteten alsbald. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung. Die Militärpatrouillen, die sich am Freitag zahlreich in den Straßen zeigten, sind zurückgezogen.

Vom Vorwärtsgebäude, das eine Wache von neun Bürgerjägern erhielt, wehen rote Fahnen. Es herrscht ungeheurer Jubel und große Begeisterung. Die Kontrolle des WTB liegt in den Händen des Genossen Wilhelm Carl, Frankfurt und Erich Rohmann, Berlin.

Aus: Bonner
Generalanzeiger vom
10.11. 1918

www.geschichte-bw.de



Landesbildungsserver Baden-Württemberg

[https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/
periodical/zoom/3840379](https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/periodical/zoom/3840379)

Die im Reserve-Lazarett Technikum vorhandenen Kunstgegenstände sind als Eigentum des Lazarett zu betrachten. Jede gewaltsame Entfernungen wird als Plünderung aufgefaßt und bestraft.

Der Kerzerat Hamburgs.

gez. Dr. Ernst Friedrich Müller.
Hamburg, den 19. November 1918.

Die bisher nicht ordnungsmäßig aus den hiesigen Lazaretten entlassenen Militärpersonen, Lazarett-Zusassen und Personal, werden aufgefordert, bis spätestens Dienstag, den 12. November 1918, abends 9 Uhr zurückzukehren, widrigenfalls sie jeden Anspruch auf Löhnung und ärztliche Behandlung verlieren. Straffreiheit ist zugesichert.

Für den Kerzer, und Soldatenrat der Lazarett Hamburgs.

gez. Dr. Meyer. gez. Rasmussen.

Sämtliche Sanitätsbehörden und Lazarett haben von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends ihre Geschäftsstelle geöffnet. Anfragen sind an die zuständigen Sanitätsstellen in dieser Zeit direkt zu richten.

Der Kerzerat.

Das geschlagene Deutschland als sozialistische Republik.

Berschmetternde Waffenstillstandsbedingungen.

Die Stunde der Abdankung des Kaisers und der Kronprinzen schuf die sozialistische Republik Deutschland. Das bayerische „Reiservatrecht“ besteht schon seit dem Freitog. Für die Hohenzollern hat sich keine Hand mehr regelt. Abgetan — erledigt; verscharrt nach mehr hundertjähriger Geschichte. Wir erwarten mit Bestimmtheit wenigstens Trauerkundgebungen derjenigen, die sich in dem unerhörten Wange dieses umgestürzten Thrones gesonnen und Wucherginsen für ihre Ergebenheit genommen haben. Hören wir sie nicht bald, so mühte man am deutschen Wesen verzweifeln. Nach Holland ist Wilhelm II. geflohen. Tausend Flüchte vieler derer, die der Krieg unglücklich gemacht hat, mögen ihm folgen. Die Geschichte aber wird feststellen, daß seine Schuld am Ausbruch des Krieges nur gering ist. Sein: „Ich habe es nicht gewollt!“ vor über vier Jahren, war ein ehrliches Bekenntnis. Nein, der leuchtende Stern dieses Mannes erblühte, weil ihm die Kenntnis der Volksseele fehlte und er trotz aller großen Worte von unheilvoller Willensschwäche war. Er glaubte ehrlich an sein Gottesgnadentum; an seine göttliche Sendung, an die Aufrechterhaltung einer patriarchalischen Herrschaft. Und nicht minder ehrlich war seine Ueberzeugung vom Segen des Militarismus. Daneben bestrebte er sich, ein moderner Mensch zu sein, der dem Fortschritt zugunsten ist. Da die Verschiedenheit dieser Elemente nie zur Ausbalanzierung gelangte, ergab sich der Dickschädel mit allen seinen Ueberraschungen und Ungelänglichkeiten. Wurde die Entschlußlosigkeit Regierungsprinzip, die uns schließlich in der verhängnisvollen Juliwöche in den Krieg trieb.

Vorüber, vorüber! Die Männer am Steuer ruder Deutschlands heißen jetzt Ober, Schöber

mann, Landsberg. Zu ihnen gesellen sich Haase, Dittmann und Barth von den Unabhängigen. Der Richtungskampf ist vertagt. Einstweilen wenigstens. Der sozialdemokratische Reichstanzler erläßt einen Aufruf, der zeigt, daß er die Schwere seiner Aufgabe fühlt. Daher bittet er das Bürgertum ohne Einschränkung, durch hingebungsvolle Mitarbeit das Vaterland vor der Anarchie und schrecklichem Elend zu bewahren. Wahrscheinlich, die Zusammenfassung aller, auch der letzten und bescheidensten Kraft in staatsbejahendem Sinne, das ist das dringende, das unerbittliche Gebot der Stunde. Wir sausen alle ohne Ausnahme ob begütert oder arm, ob hoch stehend oder gering in den Abgrund, aus dem es kein Wiederaufstehen gibt, fassen wir nicht alle Kräfte restlos zur Ueberwindung der furchtbaren Prüfungen zusammen.

Wie gräßlich die Gefahr ist, zeigt ein Blick in die Waffenstillstandsbedingungen der Entente. Clemenceau begnügt sich nicht mit dem Sieges-Skalp, er zieht Deutschland nach Stückweise die Haut ab. Haben wir nicht einmal begeistert gesungen: „Zum Rhein, zum deutschen Rhein, wer soll des Stromes Hüter sein?“ Sind solche Empfindungen im deutschen Volke etwa innerhalb acht Tagen verweht? Mit nichten! Jetzt besehen sie das ganze linke Rheinufer: Mainz, Koblenz, Köln dazu, und errichten am anderen Ufer eine dreißig Kilometer tiefe Zone. Das können sie wagen, nicht weil das Genie der Entente siegte, sondern nach vier Jahren endlich die rohe Uebermacht, die Gewalt der Zahl. Jeder Deutsche, der seine Knochen in diesem ungleichen Kampf zu Markte getragen hat, muß fühlen, daß in diesen Bedingungen keine Spur von ritterlicher Achtung für die Leistungen des Volksherces liegt. Nicht als ein Schlag gegen die am Sonnabend fortgeschickten Nachhaber sind diese Waffenstillstandsbedingungen gedacht, sondern als solche zur Bestrafung und Demütigung des deutschen Volkes! Wie raffiniert — echter Geist Clemenceaus — die Bestimmungen ausgedacht sind, wie sie ganz und gar darauf ausgehen, Deutschland so lange wie möglich am Boden zu halten, beweist die Weiterdauer der Hungerblockade, die Zurückhaltung der Gefangenen, die Auslieferung von 5000 Lokomotiven, 150 000 Wagen und 10 000 Kraftwagen. Die Weiterdauer der Blockade dient zur Entnervung und Zerfegung des deutschen Volkes; die zweite Bedingung hält uns die Arbeitskräfte vor, und die dritte legt unser so nur noch keuchend atmendes Wirtschaftsleben auf 80 Tage lahm. Gerade dieser Punkt ist von einschneidendster Bedeutung für uns alle, da er die Schwierigkeiten der Ernährung steigert, die durch das Aufhören der Eisenbahnzufuhren in die Großstädte ins Schwanken geraten muß.

Wird es dem republikanischen Deutschland gelingen, beim Friedensschluß mildere Bedingungen herauszuschlagen? Der Präsident der Republik Bayern versichert es. Weht Wilson noch?

„Wehe den Besiegten!“ So schallt es uns von jenseits des Rheins entgegen, und dieser Ruf wird uns beim Friedensschluß tausendfach verstärkt entgegenkommen. C. P.

